

Wie Maduro Venezuela in die bittere Armut getrieben hat

Präsident Nicolás Maduro hinterlässt ein Land im Elend. Wie das ölreichste Land der Welt derart in den Abgrund gewirtschaftet werden konnte. Eine Ökonomin spricht von einer «katastrophalen Wirtschaftspolitik».



Martin Schmidt
Redaktor Wirtschaft

Der Kontrast könnte kaum grösser sein: Venezuela ist reich an Rohstoffen und verfügt über die grössten bekannten Erdölreserven der Welt. Die Bevölkerung ist jedoch bettelarm. «In den letzten zwölf Jahren ist das Durchschnittseinkommen um drei Viertel gesunken», sagt Armutsforscherin Dina Pomeranz (48), Professorin an der Universität Zürich.

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro (63) und sein Vorgänger Hugo Chávez (1954–2013) liefern die Anleitung, wie man ein Land wirtschaftlich völlig gegen die Wand fahren kann. «Das Land hat einen der grössten Kollapse einer Wirtschaft in Friedenszeiten erlebt, den es je gegeben hat», sagt die Ökonomin.

«Katastrophale Wirtschaftspolitik»

Nun ist Maduro weg. Am letzten Samstag haben Spezialkräfte der USA Maduro und seine Frau in einem illegalen Überraschungsangriff in der Hauptstadt Caracas entführt. Maduro steht in New York auf der Anklagebank. Die US-Regierung mit Präsident Donald Trump (79) wirft ihm Drogen-Terrorismus und Kokainexporte vor.

Maduro hinterlässt ein Land im Elend. «Dies ist das Resultat aus einem radikalen Abbau der demokratischen Institutionen und dem Rechtsstaat, kombiniert mit einer katastrophalen Wirtschaftspolitik», so Pomeranz.

Angefangen hat der Niedergang bereits unter Chávez. Als Präsident hatte dieser in den frühen 2000er-Jahren eigentlich alle Trümpfe in den Händen, um das Land zu mehr Wohlstand zu führen. Damals stieg der Ölpreis rasant an, und die Einnahmen sprudelten.

Inflation steigt auf über 340'000 Prozent

Chávez wähnte sich dank Ölboom im Schlaraffenland und gab das Geld des Staates mit beiden Händen aus. Mehr Geld für Bildung, Häuserbau für Arme und hochsubventionierte Lebensmittel, Öl und Elektrizität. Die Ausgaben explodierten so sehr, dass trotz der hohen Einnahmen auch die Verschuldung massiv anstieg.

Der grosse Einbruch begann ab 2013 unter Maduro, als der Ölpreis deutlich absackte. Als der Staat vor lauter Überschuldung keine Kredite mehr erhielt, versuchte die Regierung, die Staatsausgaben durch Geldddrucken zu finanzieren. «Das war möglich, weil die Regierung die Unabhängigkeit der Zentralbank aufgehoben hatte», so Pomeranz.

Dies führte unweigerlich zu Inflation. Im März 2019 stieg diese auf über 340'000 Prozent. Fürs aktuelle Jahr prognostiziert das IWF eine Teuerung von knapp 700 Prozent. Maduro musste den aufkeimenden Widerstand in der Bevölkerung mit immer härteren Repressionen unterbinden. Millionen von gut qualifizierten Menschen verliessen das Land.

«Das ist ein Anschauungsbeispiel dafür, wie wichtig gute Institutionen sind. Das gilt auch für die Unabhängigkeit der Gerichte, die systematisch geschwächt wurde. Dies erlaubte es Chávez und Maduro unter anderem, viele Betriebe widerrechtlich zu enteignen und oft ohne Kompensierung zu verstaatlichen.»

Hunderte Firmen teils über Nacht verstaatlicht

Ab 2007 verstaatlichte Chávez die Ölindustrie, wofür US-Konzerne wie ExxonMobil oder BP enteignet wurden. Kurzzeitig führte das zu steigenden Staatseinnahmen. Chávez und Maduro vernachlässigten jedoch die Investitionen in die Infrastruktur. «Zudem wurden technische Experten in den Betrieben durch unqualifizierte politische Verbündete ersetzt. Das führte zwangsläufig zu Missmanagement», sagt Pomeranz.

Chávez enteignete zudem über Tausend Unternehmen in allen Branchen – darunter Energiekonzerne, Banken, Landwirtschaftsbetriebe, industrielle Produktion oder Zementhersteller wie die Schweizer Firma Holcim. Manchmal erfuhren Firmenchefs ohne Vorwarnung aus dem Fernseher, dass ihr Betrieb verstaatlicht werde.

«Es gibt keine Rechtssicherheit mehr. Weder inländische noch ausländische Investoren und Unternehmer haben in so einer Situation Interesse, Geld zu investieren», so Pomeranz. Erschwerend hinzu kamen in den Folgejahren Wirtschaftssanktionen der USA. Inzwischen ist das Bruttoinlandsprodukt auf das Niveau der 1980er-Jahre geschrumpft.

Pomeranz glaubt nicht, dass die Lage für die Bevölkerung durch den Staatsstreich der Amerikaner besser wird: «Chavez und Maduro haben die Institutionen und damit die Wirtschaft zerstört. Um den Wohlstand wiederherzustellen, braucht es wieder stabile Strukturen, Rechtssicherheit und verlässliche Behörden. Trump zeigt daran herzlich wenig Interesse.»